

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsort: Tagesblatt Riesa, Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto: Dresden 1580. Druckerei: Riesa Nr. 52.

Nr. 281.

Montag, 3. Dezember 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Scheiterns von Produktionsvorrichtungen, Beschädigungen der Abzüge und Materialverluste behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 37 mm breite, 1 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch die eingezogenen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. 24stündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Verzögerung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Mexikanische Entwicklungen.

In diesen Tagen hat ein 37-jähriger Mann sein Amt als interimistischer Staatspräsident von Mexiko angetreten. Eine gute Vorbereitung dieses jugendlichen Mannes ist und um diesen südamerikanischen Staat ist so wichtig, so unübersichtlich und so schwer zu meistern, daß wahrlich jugendliche Kräfte dazu gehören, die Konsolidierung der Verhältnisse zu schaffen, deren das Land so nachdrücklich bedarf. Aber nicht allein die Tatsache, daß Mexiko jetzt den jüngsten Staatspräsidenten der Welt besitzt, macht vielen Anhängern des General Calles so bedeutsam. Der neue Staatspräsident ist kein General, hat nicht einmal einen Offiziersrang. Damit ist eine alte mexikanische Tradition gebrochen, die bescheidend ist für einen Umsturz der mexikanischen Verfassungskonstitution. Zwar dürfte es stimmen, daß der „Jubilist“ Porfirio Díaz seine Wahl zum Präsidenten dem bisherigen Staatspräsidenten General Calles zu verdanken hat, wie auch nicht abgelehnt werden kann, daß beiden Männern ein gemeinsames Arbeitsprogramm ihres politischen Handelns eigen ist. Aber der neue Mann im mexikanischen Präsidentenpalast hat auch eigene Gedanken, eigene Weltanschauungen, die sein Vorgänger Calles vielleicht nicht teilen würde und die es wahrscheinlich machen, daß die Präsidentenwahl Porfirio Díaz, wenn sie sich auch im Sinne der alten Politik bewegen wird, doch Überraschungen bringen kann. Man darf die Bedeutung des Amtsantritts des neuen Präsidenten nicht dadurch zu verkleinern suchen, indem man darauf hinweist, daß es sich hier nur um ein Provisorium handelt, daß also Porfirio Díaz nur Vizepräsident des kommenden Mannes zu sein hat. Das Provisorium ist bis zum Februar 1930 festgesetzt. Es umspannt also den Zeitraum, der vielleicht der entscheidendste und wichtigste Abschnitt der mexikanischen Geschichte überhaupt erfüllen soll. Er hat das schwerwiegende Landproblem zu regeln, er hat die soziale Frage zu lösen, er hat Ordnung zu bringen in den wirtschaftlichen Wirrwarr der Devisenwirtschaft, er hat das Verhältnis zu Amerika zu klären und all die sozialen Probleme zu lösen, die heute so peinigend die innerpolitischen Verhältnisse des Landes bewegen. Das sind alles Aufgaben, die in kürzester Zeit bewältigt werden müssen und denen nunmehr der 37-jährige Präsident seinen Willen und seine Erkenntnisse aufbringen muß. Wie wird Emilio Portes Gil diesen Aufgaben gerecht werden?

Was war er und was hat er bis jetzt geleistet? Wenn auch seine bisherige kurze Amtsdauer im mexikanischen Kabinett wenige Fingerzeige auf seine persönliche Könnenhaftigkeit geben kann, so hat er dennoch durch seine fast achtjährige Tätigkeit als Gouverneur des größten und reichsten Staates Mexikos, Tamaulipas, den Nachweis abgeleistet, was man von seiner Tätigkeit als Präsident zu erwarten hat. Dem jungen Gouverneur gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, die wirren wirtschaftlichen Verhältnisse in seinem Staate zu ordnen, die Arbeiter der Textilindustrie zu befriedigen, die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in geordnete Bahnen zu leiten. Ein ganz besonderes Verdienst erwarb sich der tatkräftige Gouverneur um die Klärung des Agrarproblems. Wie rücksichtslos und energisch er hier vorgehen mußte, zeigt die Tatsache, daß er sich nicht einmal davor scheute, einen Grundbesitzer, der gleichzeitig leitender Minister des damaligen Kabinetts Calles war, um ein großes Stück seines Landes zu enteignen. Er sorgte im übrigen für das Erziehungswesen seines Staates, gründete Berufsschulen. Das Ergebnis seines Wirkens: In der Zeit seiner Tätigkeit stieg die Zahl der Volksschulen im Staate Tamaulipas von 280 auf 600. Nur wer die verworrenen Verhältnisse in Mexiko kennt, weiß wie groß die Leistung war, die der jugendliche Gouverneur bewältigen konnte. So rücksichtslos und streng er auch seine Amtsgeschäfte handhabte, wie unerbittlich auch manchmal seine Anordnungen der Masse des Volkes erschienen, es gelang ihm dennoch, sich eine Popularität zu sichern, wie sie sich selten ein mexikanischer Gouverneur erwerben konnte. Besonders unter den Bauern des Staates fand er eine treue Anhängererschare, die sich inzwischen über das ganze Land Mexikos verbreitet haben dürfte. Man behauptet, daß er, wenn er es will, sofort 30 000 bewaffnete Bauern um sich scharen könnte, die ihm blindlings folgen würden.

Porfirio Díaz, der neue mexikanische Präsident, sieht sich also auf die Masse des Volkes. Er ist ein entschiedener Gegner des radikalen Flügels der Militärpartei, damit auch ein Gefolgsmann Calles'. Aber er ist energischer, zielbewusster als der bisherige Präsident. Die mexikanische Verfassung unterlag die Wiederwahl des bisher amtierenden Staatspräsidenten. Das besagt, daß bei den kommenden Volkswahlen für den künftigen Präsidenten Calles nicht wieder aufgestellt werden kann. Es ist also durchaus möglich, daß Porfirio Díaz noch während seiner Amtszeit als provisorischer Präsident in den kommenden Präsidentenwahlen landwärtig wird. Da er im großen und ganzen die Politik seines Vorgängers weiter verfolgen wird, so ist auch anzunehmen, daß Calles einer solchen Kandidatur für die Wahl ablehnen wird, was die Aussichten für Porfirio Díaz sehr günstig gestaltet. Gelingt es ihm in der Zeit des Provisoriums, die schweren Aufgaben, die ihm übertragen sind, auch nur einigermaßen

Ende des Ruhrkampfes.

Annahme der Vermittlungsaktion der Reichsregierung durch die drei Metallarbeiterverbände.

1. Die drei an dem Eisenkonflikt Nordwest beteiligten Metallarbeiterverbände haben die Vermittlungsaktion der Reichsregierung angenommen.

2. Der Gewerksverein deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Düncker) hat an den Reichsanwalt folgendes Telegramm geschickt: „Die Konferenz des Gewerksvereins deutscher Metallarbeiter stimmt der Vermittlungsaktion der Reichsregierung zu. Der Hauptvorstand.“

3. Der Christliche Metallarbeiterverband hat an den Reichsanwalt folgendes Telegramm geschickt: „Hauptvorstand und Bezirksdelegiertenkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes stellen heute ihr Einverständnis zu der Stellungnahme der Beauftragten des Bundes vom 20. November 1928 fest und haben beschlossen, den Vorschlag der Reichsregierung für die Beilegung des Eisenkonfliktes anzunehmen.“

4. Die Deutsche Metallarbeitervereinigung hat der Reichsregierung mit 25 gegen 14 Stimmen angenommen.

Die Arbeitgeber beschließen die Wiederaufnahme der Arbeit.

1. Die Arbeitgeber beschließen die Wiederaufnahme der Arbeit. 2. Die Einrückungen erfolgen nach Maßgabe der betrieblichen Möglichkeiten.

Geberung vom Reichsanwalt beauftragt.

Der Reichsanwalt hat sich am Sonntag abend, als ihm das Ergebnis der Revertkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes offiziell unterbreitet wurde, sofort mit dem Reichsminister des Innern in Verbindung gesetzt und ihm das Amt des Vermittlers angetragen. Der Reichsminister des Innern hat sich bereit erklärt, die ihm angetragene Aufgabe zu übernehmen. Geberung wird bereits am Montag nachmittags in das Ruhrgebiet abreisen, um sich mehrere Tage an Ort und Stelle über die Lage zu unterrichten. Der neue Schiedsspruch dürfte kaum vor Ende der Woche gefällt werden.

Mit der Wiederaufnahme der bisher geschlossenen Betriebe ist am Dienstag vormittag um 7 Uhr zu rechnen.

Wie der „Montag“ mitteilt, wird Minister Geberung etwa eine Woche für die Prüfung der Wirtschaftslage der Metallindustrie benötigen. Die durch den Schiedsspruch Geberung festgesetzten Löhne gelten dann mit rückwirkender Kraft vom Tage der Wiederaufnahme der Betriebe an. Der Unterschied zwischen den neuen Lohnsätzen und den bisher geltenden Lohnsätzen wird nachgezahlt. Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, ihre Bücher offen vorzulegen. Außerdem wurde grundsätzlich vereinbart, daß der neue Schiedsspruch gleichzeitig die Lohnfrage und die Arbeitszeitfrage umfaßt und nicht nur für eine kurze Frist Geltung hat. Das juristische Verfahren vor dem Reichsarbeitsgericht über die Gültigkeit des vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruches geht weiter, weil diese für das ganze Schiedsspruches grundsätzliche Frage endgültig geklärt werden soll. Es ist aber vereinbart, daß die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts an den Schiedsspruch, den der Reichsminister des Innern fällen wird, in materielle und juristische Hinsicht keinen direkten Einfluß haben soll. Berlin. Gegenüber den Erörterungen, die sich an die Tätigkeit der interministeriellen Kommission anknüpfen, die die Auswirkung der Unterstufungsaktion an Gewerkschaften der Ausgesperrten prüfen sollte, wird offiziell geschrieben:

Die in Offen unter Vorsitz des Preussischen Wohlfahrtsministers Dr. Hertzfelder aufgestellten Richtlinien sind unter

befriedigend zu lösen, so wird man annehmen dürfen, daß im Jahre 1930 der jetzt noch provisorische Präsident auch zum ordentlichen Staatspräsidenten gewählt werden wird.

Stapelkauf eines Motorrettungsbootes.

Ein großes gedecktes Motorrettungsboot der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mit

Beteiligung von Vertretern des Reichsinnen- und Finanzministers und des Preussischen Innen- und Finanzministers aufgestellt worden, ohne daß von diesen gegen ihren Inhalt Bedenken erhoben worden sind. Die in der Presse mitgeteilten Einzelfälle von Ueberschreitungen des früheren Lohnes sind derart, daß jeder Sachkenner sie als Ausnahmefälle erkennen muß; denn die Ueberschreitung ist dadurch bedingt, daß die Unterstufungsempfänger neben den öffentlichen Unterstufungen und etwaigen der Gewerkschaften noch öffentlichen Rentenbezüge auf Grund von Kriegsbeschädigung, Unfällen oder sonstiger Erwerbsbeschränkungen haben. Solche Fälle können naturgemäß nur vereinzelt vorkommen. Abgesehen hiervon kann die Summe der Bezüge den Lohn überhaupt nur bei den Organisierten übersteigen, aber auch unter diesen ist nach der Höhe der öffentlichen Unterstufungen und der der Gewerkschaften eine Ueberschreitung überhaupt nur möglich, wenn der Ausgesperrte verheiratet ist und mindestens zwei Kinder hat und verhältnismäßig gering entlohnt war. Da die Organisierten nur die Kinderzahl der Ausgesperrten bilden und von ihnen hiernach auch nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil für eine Ueberschreitung des Lohnes in Frage kommen kann, entbehren Angaben, nach denen 25-30 Prozent aller Ausgesperrten sich zurzeit ebenso oder z. T. besser händen als zurzeit der Arbeit, jeder tatsächlichen Grundlage und sind geeignet, die öffentliche Meinung irre zu führen.

Rundgebung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt nach eingehender Beratung der Ausperrung im Ruhrgebiet:

Die Ausperrung von den Unternehmern unter Verletzung des geltenden Rechts vorgenommen, ist ein Kampf gegen die Schlichtungsordnung und ihre Anwendung durch die Regierung, ist ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beeinträchtigung der Wirtschaft. Daraus ergibt sich für die Reichsregierung die Pflicht, dem Recht und dem Gesetz auch gegen die Unternehmern Geltung zu verschaffen zur künftigen Sicherung des ganzen Reichslebens. Nicht nur um die im Schiedsspruch ausgesprochene Lohnsteigerung hat der Deutsche Metallarbeiterverband den anzuwachsenden Kampf geführt, sondern zugleich um die Erhaltung dieses öffentlichen Rechts, um so mehr mußte seine Aufgabe von der Reichsregierung anerkannt und unterstützt werden. Die von der Regierung mit unternommene Vermittlungsaktion kann als eine Unterstufung des Rechts nicht anerkannt werden. Für die sich notwendigerweise ergebenden Folgen für das ganze Reichsleben lehnt der Deutsche Metallarbeiterverband die Verantwortung ab. Weil der Deutsche Metallarbeiterverband dem in Aussicht genommenen Vermittler, dem Reichsminister Geberung, mit dem größten Vertrauen gegenübersteht, sieht er sich außerstande, die Vermittlungsaktion abzulehnen. In dieser Zwangslage wird aber der Ermattung Ausdruck gegeben, daß der materielle Inhalt des verbindlich erklärten Schiedsspruches erhalten bleibt.

Die Vorbereitung der Wiederaufnahme der Metallbetriebe.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, rechnet man in Arbeitgeberkreisen der Metallindustrie damit, daß die Maschinen- und die weiterverarbeitende Industrie den Betrieb bereits morgen wieder aufnehmen kann, soweit nicht Mangel an Materialvorräten oder andere Gründe in einzelnen Betrieben eine Verzögerung herbeiführen. Schwierigkeiten liegen die Verhältnisse bei den Hüttenwerken. Die Hütten sind zwar nur gedämpft, so daß die Wiederaufnahme des Betriebes nicht so lange Zeit beansprucht, als wenn sie gelöst wären. Immerhin macht auch die Dämpfung erst Vorbereitungsarbeiten notwendig. Zum Teil dürften aber die für diese Vorbereitung notwendigen Arbeiter noch gefehlt werden für heute bestellt werden sein. Bei den übrigen Hüttenwerken werden diese Arbeiter morgen früh in Angriff genommen. In Arbeitgeberkreisen wird darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse eben ganz verschieden liegen und daß deshalb der Beschluß des Arbeitgeberverbandes auch betont, daß die Einrückung nach Maßgabe der Betriebsmöglichkeit erfolgen soll. Es werde aber alles getan, um die Wiederaufnahme der Arbeit in vollem Umfang möglich zu beschleunigen, da die Industrie selbst das größte Interesse daran habe, sobald wie möglich zur normalen Produktion zurückzuführen.

einem 50-PS-Dieselmotor der Maschinenfabrik Deutz A.-G. ist auf der Bootswerft von Davigbock in Blumenthal a. d. Weser vom Stapel gelaufen. Das nach den neuesten Erfahrungen ausgerüstete, u. a. auch mit einem Sprungnetz versehene Boot kommt auf die Rettungsschiffstation Heiligenhafen in Ostholstein und trägt den Namen „Gedemint Cartori“, zum Andenken an diesen 1903 verstorbenen, um die deutsche Seeschiffahrt und das Rettungswesen hoch verdienten Kieler Heeder.

Sternburg-Bier verlangt unbedingt, wer im Prinzip was Gutes trinkt.